

Daniel Dubas  
Delegierter des Bundesrates für die Agenda 2030  
und Leiter Sektion Nachhaltige Entwicklung  
Bundesamt für Raumentwicklung

Bern, 01. Februar 2021  
Agenda 2030 / MM

Per Mail an  
[aemterkonsultationen@are.admin.ch](mailto:aemterkonsultationen@are.admin.ch)  
[daniel.dubas@are.admin.ch](mailto:daniel.dubas@are.admin.ch)

## Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030 Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

FDP.Die Liberalen hat bereits bei der Konsultation zur Agenda 2030 Stellung bezogen und die grundlegenden Ziele unterstützt. Die nun vorliegende Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030 als Umsetzung auf nationaler Ebene wird von der FDP zur Kenntnis genommen. Die definierten Ziele und Stossrichtungen werden im Grundsatz unterstützt. Auf eine detaillierte inhaltliche Beurteilung wird allerdings verzichtet, da in dieser Strategie einerseits kaum politische bzw. parlamentarische Verbindungen hergestellt werden. Andererseits ist eine inhaltliche Beurteilung erschwert, da die Strategie keinerlei konkrete Angaben zur Umsetzung der Ziele und Stossrichtung macht. Schliesslich ist weder die Überprüfbarkeit der Ziele noch die Finanzierungsseite definiert, was eine seriöse Beurteilung verunmöglicht. Entsprechend werden Umsetzungen und Messbarkeit der Ziele in dem vom Bundesrat erwähnten Aktionsplan erwartet. Wir machen auf die Gefahr aufmerksam, dass es parallel dazu diverse weitere sektorische Aktionspläne gibt. Im Sinne der Politikkohärenz wäre es ratsam, die diversen Aktionspläne zuerst auf ihre Relevanz für die nachhaltige Entwicklung zu prüfen, sie in den Aktionsplan Nachhaltigkeit aufzunehmen bzw. dort zu erwähnen und nur verbleibende Lücke zu füllen, statt parallel dazu einen weiteren Aktionsplan zu entwerfen.

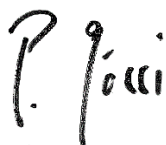
Nichtsdestotrotz möchte die FDP darauf hinweisen, dass diese Strategie eine zu einseitige Definition des Begriffes «Nachhaltigkeit» als Grundlage nimmt. Nachhaltigkeit definiert sich bekanntlich aus einem Gleichgewicht zwischen Ökologie, Wirtschaft und Gesellschaft im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes. Die Strategie fokussiert zu oft nur auf einzelne Aspekte der Nachhaltigkeit, was die Konsequenzen auf die jeweils anderen Bereiche zu wenig klar aufzeigt. Exemplarisch zeigt sich das bei der Zielsetzung zur Förderung des nachhaltigen Konsums. Der Bundesrat will die Transparenz erhöhen, damit die Konsumentinnen und Konsumenten jeweils die nachhaltigste Option wählen können. Auch die FDP möchte die Transparenz erhöhen und unterstützt die Zielsetzung. Wie dieses Ziel in der Realwirtschaft bzw. in der konkreten Zusammenarbeit mit den Detailhändlern, den Produzenten etc. umgesetzt werden soll, bleibt jedoch völlig offen bzw. wird nicht erwähnt. Oder im Bereich Gesellschaft: Die FDP unterstützt die Stossrichtung, dass gegen Sexismus, Gewalt und gegen Stereotypen, die Diskriminierung auslösen, vorzugehen ist. Jedoch in dieser Stossrichtung zu definieren, dass der Bund gewisse Rollenbilder in den Medien und in sozialen Netzwerken bekämpfen will, kann als Blankoschein für alle möglichen Eingriffe in die Wirtschafts- und Meinungsfreiheit verstanden werden. Das würde deutlich zu weit gehen und muss präzisiert werden.

**Der ganze Bericht ist ein Sammelsurium an Handlungsvorschlägen und sehr vagen Formulierungen, was bei einer solchen Strategie wenig überrascht. So ist etwa die erste Leitlinie («Gemeinsam Verantwortung übernehmen») ein vages und relativ inhaltsleeres Bekenntnis und**

**könnte ohne Verlust gestrichen werden. Umso wichtiger ist es, dass die Konsequenzen nochmals klargestellt werden. Darum will die FDP, wie bereits bei der Stellungnahme zur Agenda 2030, nochmals explizit darauf hinweisen, dass die darin definierten Ziele und Stossrichtungen in keiner Weise eine Legitimation darstellen, die regulatorischen Rahmenbedingungen anzupassen oder neue politische Projekte zu lancieren. Dafür bräuchte es zuerst eine Beschlussfassung durch das Parlament. Viel eher würde es der vom Bundesrat betonten transversalen Bedeutung der Nachhaltigkeitspolitik und deren Charakters als Instrument der Politikkohärenz entsprechen, wenn in einzelnen Botschaften und wichtigen Vorlagen jeweils deren Bedeutung und Auswirkungen im Lichte der nachhaltigen Entwicklung (Sustainable Development Goals und Agenda 2030) erläutert würde.**


Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse  
FDP.Die Liberalen  
Die Präsidentin



Petra Gössi  
Nationalrätin

Die Generalsekretärin



Fanny Noghero